

Parlamentarischer Vorstoss

2021/241

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Beratungsstellen für Angehörige von Sektenmitglieder und Verschwörungstheoretiker*innen
Urheber/in:	Markus Dudler
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	22. April 2021
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

Durch die aktuell grassierende Corona-Pandemie erleben Verschwörungsmymen massiven Aufschwung. Leider befeuern solche Mythen, wie schon oft in der Vergangenheit Rassismus und Antisemitismus. Ebenso nehmen behördenfeindliche Anschuldigungen, die oft auf Verschwörungsmymen fussen, massiv zu. Unsere Demokratie wird in den Grundfesten in Frage gestellt und Widerstand, sowie ziviler Ungehorsam wird zur Bürgerpflicht erklärt. Mit ihren extremen Ansichten sind Anhänger dieser Mythen analog von Sektenmitglieder für ihr Umfeld nicht mehr zu erreichen. Darum sind gerade Angehörige und das persönliche Umfeld gegenüber Personen, die sich radikalisieren, oft hilf- und machtlos. Dies ist für die Beziehungen und das Umfeld enorm belastend.

Dabei könnten sie bei einer kompetenten Begleitung und Beratung einen Beitrag leisten, Verschwörungsmymen den Wind aus den Segeln zu nehmen oder zumindest gesellschaftliche Schäden, Leid und Verzweiflung zu mindern.

Radikalisierte Menschen verursachen auch im Berufsumfeld Probleme. Ihre Einstellung, Verhalten und Äusserungen im Betrieb und auch im privaten Umfeld verursachen Spannungen und Antipathien. Führungskräfte und auch Arbeitskolleginnen und -kollegen können von dieser Situation überfordert sein; Mobbing, Abmahnungen sowie Kündigungen drohen.

Der Regierungsrat wird daher gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Was gedenkt der Regierungsrat gegen die verstärkte Ausbreitung von Verschwörungsmymen zu unternehmen?
 2. Gibt es für Angehörige, Berufskolleginnen und -kollegen, sowie Führungskräfte auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen, die sich explizit mit Sekten und Verschwörungsmymen befassen und bei Bedarf dem Umfeld von radikalisierten Personen helfen und diese beraten können? Wenn nein: Gibt es Bestrebungen, solche Beratungsstellen aufzubauen?
-

3. Gibt es auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen für durch die Zugehörigkeit in Sekten oder von Verschwörungsmythen radikalisierte Personen? Wenn nein: Wäre es aus Sicht der Regierung sinnvoll, solche Angebote zu schaffen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich der Kampagne der Europäischen Kommission gegen coronabedingte Desinformation anzuschliessen?